



Rede der Ministerin für
Innovation, Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Svenja Schulze am 24. Februar 2011
vor dem Plenum des Landtages Nordrhein-Westfalen

**Durchbruch in der Bildungspolitik – Wendepunkt in der
Landespolitik**

zum Tagesordnungspunkt 4: "Gesetz zur Verbesserung der
Chancengleichheit beim Hochschulzugang in Nordrhein-Westfalen"

- Es gilt das gesprochene Wort –

Anrede

Der Tag heute ist ein Durchbruch – ist ein deutlicher Wendepunkt in der Landespolitik:

Bildung ist nicht länger Privatsache und vom Geldbeutel abhängig.

Bildung ist eine staatliche Aufgabe – der Staat übernimmt heute wieder die Verantwortung.

Studiengebühren - ja oder nein?

Wir haben diese Frage hier im Landtag, im ganzen Land in extenso diskutiert.

„Weg mit der Bildungsmauer!“ stand auf einem Transparent während der Bildungsstreiks 2009 und 2010.

Die Studierenden sind damals massiv – und zu Recht – für eine Verbesserung ihrer Studienbedingungen auf die Straße gegangen.

Das waren nicht 10.000e von Ahnungslosen.

Sie wussten sehr genau, wovon sie redeten und was sie wollten.

Der WDR spekulierte, ob Bildungsthemen für die NRW-Wahl entscheidend werden könnten.

Die Wahl hat es gezeigt – der WDR hatte Recht mit seiner Vermutung.

Und ich freue mich sehr, dass uns heute der Durchbruch durch diese (Bildungs-)Mauer gelingt.

Anrede

Für die Studierenden ist der Tag heute ein Erfolg – und für die Regierungskoalition.

Die Münsteraner WN hat dieses Gesetz als den „ersten Pflock, der von rot-grün eingeschlagen wird“, gewürdigt:

Das ist richtig - und ich sage für die Landesregierung:

Wir haben unser (Wahl-)Versprechen erfüllt – das ist unser erster großer Erfolg für die Menschen in NRW.

Fast jeder vierte Studierende in Deutschland studiert hier.

Das ist ein guter Tag für die Studierenden in NRW.

Ich bin sicher:

Dieser Tag ist ein Durchbruch, ein Wendepunkt - nicht nur für NRW.

Wir werden den Staffelstab an die anderen Bundesländer weitergeben:

Es ist absehbar, dass Hamburg das nächste Bundesland ist, in dem es keine Studiengebühren mehr geben wird.

Langfristig muss Bildung in Deutschland gebührenfrei sein – vom Kindergarten bis zur Hochschule, entlang der gesamten Bildungskette.

Denn wir sind uns doch alle einig:

Wir wollen alle, dass Kinder und Jugendliche in NRW so gut wie möglich ausgebildet werden.

Kein Talent darf mehr verloren gehen.

Ich frage: Ist es dann wirklich sinnvoll, z.B. darüber nachzudenken, spielende Kinder aus Wohngebieten aus „Lärmschutzgründen“ auszuschließen oder sich die Bildung teuer bezahlen zu lassen?

Nein, das ist **kontraproduktiv**;

das sind die falschen Mittel;

das schließt Menschen aus – und nicht ein;

so baut man Hürden auf - statt ab.

Das wollen wir nicht.

Um im Bild zu bleiben – die Studiengebühren sind ein wesentlicher Teil der Bildungsmauer.

Und diesen Teil werden wir heute aus dem Weg schaffen – um langfristig mehr Studierende „ohne Eintrittsgeld“ an unsere Hochschulen in NRW zu holen.

Anrede

Denn Bildung ist keine Ware.

Bildung ist keine Privatsache.

Wir wissen das schon seit dem 19.Jahrhundert: Die SPD hat sich die gebührenfreie Bildung seit 1869 auf ihre Fahnen geschrieben.

Bildung ist ein Menschenrecht.

Also ist Bildung auch eine staatliche Aufgabe.

Die gleiche, gute Bildung „für alle“ muss garantiert werden.

Das ist aber nur dann möglich, wenn der Staat der Garant und der Träger dieser Aufgabe ist – und wenn er Bildung kostenfrei zur Verfügung stellt.

Bildung ist einer der wichtigsten Schlüssel für die Zukunft:

Denn Bildungspolitik ist nicht nur die Sozialpolitik des 21.Jahrhunderts – sie ist auch Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Bildung vermeidet soziale Reparaturkosten, schafft persönlichen und wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn und generiert Fortschritt – mit den entsprechenden langfristigen Mehreinnahmen und Minderausgaben.

In einer immer komplexer werdenden Welt sorgt Bildung auch für Demokratiegewinn – angesichts der Auseinandersetzungen um z.B.

Stuttgart 21 eminent wichtig:

Nur Menschen, die integriert sind,

die verstehen, was um sie herum vorgeht, die Argumente und

Meinungsmache auseinanderhalten und sich artikulieren können,

werden sich auch konstruktiv beteiligen.

Und wir wollen, dass sich alle beteiligen können!

Wir wollen alle Potenziale und Talente nutzen, niemanden zurücklassen.

Wir wollen Aufstieg ermöglichen.

Dazu gehört, dass für ein Studium nicht das entscheidend ist, was die Eltern im Portemonnaie haben, sondern das, was die Einzelnen im Kopf haben.

Diese Landesregierung steht für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit – und für das Gespräch.

Wir haben nicht nur auf die protestierenden Studierenden gehört, wir sind nicht nur unserer Wahlaussage und unserem Programm gefolgt, wir haben auch im Laufe der Beratungen des Gesetzes Modifikationen vorgenommen.

Wir werden heute das **Gesetz** zur Abschaffung der Studiengebühren verabschieden – so wie es eine gesellschaftliche Mehrheit will.

Anrede

Mit diesem Gesetz sorgen wir für eine verlässliche Finanzierung der Hochschulen.

4,5 Mia Euro bekommen die Hochschulen und Unikliniken jedes Jahr vom Land.

Mit mindestens 249 Mio Euro sorgen wir zusätzlich für eine Optimierung der Lehre und der Studienbedingungen an den Hochschulen.

Dabei folgt das Geld den Studierenden – denn alle Studierenden sind uns gleich viel wert.

Und wir behandeln mit diesem Verteilschlüssel alle Hochschulen gleich.

Die Studierenden werden bei der Verteilung der Mittel stärker beteiligt als bisher.

Damit machen wir deutlich:

Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe und muss von der Gesellschaft finanziert werden.

In diese gesellschaftliche Verantwortung werden alle Beteiligten einbezogen.

Die Politik, der Landtag hat dabei die Aufgabe, die Rahmenbedingungen für diesen Prozess zu schaffen.

Dieser Aufgabe ist die rot-grüne Landesregierung nachgekommen.

Und wir werden auch der Aufforderung im Entschließungsantrag gerne nachkommen:

Die Hochschulen brauchen eine verlässliche Finanzierung.

Die werden wir mit der Hochschulvereinbarung NRW 2015 den Hochschulen zusagen.

Alle Fraktionen sind herzlich eingeladen, sich hieran zu beteiligen.

Anrede

CDU und FDP haben sich dabei nicht dazu durchringen können, über ihr Konzept „privat vor Staat“ hinauszuschauen.

Heute noch sprechen Sie von „sozialverträglichen“ Studiengebühren – dabei ist der Ausdruck ein Widerspruch in sich.

Eine **sozialverträgliche** Finanzierung liegt dann vor, wenn sie steuerfinanziert ist.

Damit werden dann nämlich die belastet, die finanziell leistungsfähig sind.

Das „Privat vor Staat“ bei der Bildungsfinanzierung bedeutete:

Der Staat greift den Studierenden und ihren Familien - **ohne Ansehen der Leistungsfähigkeit** - in die Taschen.

Durch die Studiengebühren sind viele Menschen von einem Studium abgehalten worden.

Auch wenn Sie sich heute noch weigern, das nachzuvollziehen.

Ich könnte Ihnen die Fakten auflisten:

- dass in NRW die Zahlen der Studiendarlehen steigen,
- dass gerade in NRW die Studierenden immer länger für ihr Studium jobben müssen,

- dass gerade Frauen und Menschen, die nicht aus einem akademisch geprägten Elternhaus kommen, keine Schulden machen **wollen**.

In NRW beziehen z.B. 22% der Studierenden BAFÖG.

Trotz der Kappung haben nur rund die Hälfte von ihnen ein Studienbeitragsdarlehen beantragt.

Diese Menschen wollen keine Schulden machen!

Aber auch diese Argumente werden an Ihnen vorbeigehen, denn sie wollen nicht verstehen:

Der Volksmund sagt dazu:

„Was das Aug' nicht sehen will,
da helfen weder Licht noch Brill'.“

Ich sage – quasi als Zeitzeugin:

Hätte es Studiengebühren gegeben, als ich Abi gemacht habe, hätte ich nicht studieren können.

Und ich bin nicht allein.

Ich erinnere nur an 2009 und 2010 – an die 10.000e von Studierenden, die die „Bildungsmauer“ anprangerten.

Natürlich **kann** man das übergehen, aber man **muss** dann auch „unangenehme Überraschungen“ bei Wahlen in Kauf nehmen.

Anrede

Die „soziale Auslese“ in NRW durch Studiengebühren wird heute beendet.

Das ist eine gute Tradition guter, sozialdemokratischer Bildungspolitik:

Die „Hörergelder“ an den Universitäten der BRD wurden 1970 unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler abgeschafft.

2002 sollten bei der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes allgemeine Studiengebühren ausgeschlossen werden.

Unionsgeführte Länder haben das leider erfolgreich beklagt und die Rolle rückwärts in die 60er Jahre gemacht.

Wir denken und handeln nach vorn:

Wir investieren in die Bildung – denn das sind gesellschaftlich und fiskalisch rentierliche Kosten.

Wir investieren damit in die Zukunft.

Die Hochschulen erhalten durch das Studienqualitätsgesetz genauso viel zusätzliche Mittel wie vorher.

Allerdings investiert rot-grün hier Landesmittel – für diese Landesregierung gehören Bildung und Bildungsgerechtigkeit nicht zu den Sparpotenzialen, sondern zur Daseinsvorsorge.

Die Studiengebühren, die in den letzten Wochen für das SS 2011 bezahlt werden mussten, waren die letzten in NRW – und das ist gut und richtig so.

Diese Steine, diese Hürden auf dem Bildungsweg in NRW sind Vergangenheit.

Heute ist ein guter Tag für die Studierenden in NRW!